

Das Ende der Marktgläubigkeit

Von Jan Korte

Die Coronakrise ist ein Stresstest für unsere Gesellschaft. Lange vor der Revolution ehemaliger FDP-Wähler sollten zurecht die Systemrelevanten in Pflege und Service revoltieren. Zeit für eine neue Ära der Solidarität.

Im Sommer 2019 hat die Bertelsmann Stiftung vorgeschlagen, die Anzahl der Kliniken in der Bundesrepublik zu halbieren. Damit würde man eine „bessere Ausstattung, eine höhere Spezialisierung sowie eine bessere Betreuung durch Fachärzte und Pflegekräfte“ erreichen. Eine irre Logik: Statt den Standard der Kliniken zu verbessern, mit mehr Personal, wird gekürzt und konzentriert. Jetzt eine kleine Denksportaufgabe: Wie viele Tote mehr würde es heute geben, wenn die Empfehlung umgesetzt worden wäre? Die Coronakrise zeigt auf brutalste Weise, dass das Dogma „Markt vor Staat“ völlig am Ende ist. CDU/CSU, SPD, Grüne und besonders die FDP haben den Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten verächtlich gemacht und in großen Teilen zerstört.

Dass nun die FDP vor einer Revolution der Mittelschicht warnt, ist verständlich. Schließlich geht es in erfolgreichen Revolutionen oft den Verantwortlichen für Missstände an den Krügen. Wessen Idee war es denn, den Menschen zur Altersvorsorge Aktienanlagen zu empfehlen, statt an einer funktionierenden Rente für alle zu arbeiten? Wer hat das Gesundheitssystem auf Profit getrimmt, sodass jetzt Menschen aus allen Schichten, bis auf ein paar Superreiche, Sorgen vor seiner Überlastung haben? Und wer hat das rettende Netz des Sozialstaats zerrissen, das auch dem kleinen Unternehmer noch einen Rest Sicherheit gegeben hat? Die FDP ist schon lange nicht mehr die Partei des Handwerks und des kleinen Mittelstandes, wie sie es gern vorgibt. Denn diese würden von einem funktionsfähigen Staat, der Millionäre und Konzerne ordentlich besteuert und damit Kommunen dringend notwendige Investitionen ermöglicht, profitieren.

Der 7. Landesvorstand der Saar-Linken

Thomas Lutze, MdB – Vorsitzender – Saarbrücken, Kreisvorsitzender SB, Vorsitzender Ortsverband St. Johann +++ **Andrea Neumann** – stellv. Vorsitzende – Neunkirchen, Fraktionsvorsitzende in Kreistag und Stadtrat NK, Kreisvorsitzende NK +++ **Barbara Spaniol**, MdL – stellv. Vorsitzende – Homburg, Vizepräsidentin des Landtags, Stadträtin Homburg, Kreisvorsitzende Saarpfalz-Kreis +++ **Michael Bleines** – stellv. Vorsitzender – Saarbrücken, Vorsitzender Stadtratsfraktion SB, Vorsitzender des Ortsverbandes Alt-SB +++ **Vera Geißinger** – Landesgeschäftsführerin – Heusweiler, Ortsrat Heusweiler, Mitglied des Kreisvorstandes SB +++ **Ewa Tröger** – Landesschatzmeisterin – Mettlach-Orscholz, Gemeinderat Mettlach, Mitglied des Kreisvorstandes Merzig-Wadern +++ **Michaela Both** –

Die FDP führt einen Abwehrkampf gegen die sich immer weiterverbreitende Einsicht, dass eine auf Ich-AGs basierende Gesellschaft, in der jeder seines Glückes Schmied ist, kaputt ist und reihenweise Menschen und ihre Beziehungen zerstört. Ich komme aus einer anderen Tradition, die heißt: Gemeinsam sind wir stark.

Die Coronakrise ist ein Stresstest für unsere Gesellschaft. Denn lange vor der Revolution ehemaliger FDP-Wähler werden die revoltieren, die unsere Gesellschaft gerade am Leben halten: die Systemrelevanten. Die Pflegerinnen und Pfleger, die MitarbeiterInnen im Einzelhandel, die Post- und Paketbotinnen und -boten oder die Reinigungskräfte. Ihnen werden seit Jahren Respekt, Geld und bessere Arbeitsbedingungen vorenthalten. Und diese Revolte ist gerechtfertigt.

Nicht erst seit Beginn der Coronakrise baden diese Menschen die Verheerungen der Marktlogik in unserer Gesellschaft aus, es begann lange vorher. Ich habe an meiner Mutter, die ihr Arbeitsleben lang Kranken- Schwester war, erlebt, wie sie ihre Arbeit in einem heilen Sozialstaat als Erfüllung wahrgenommen hat, später, nach der Ausrichtung auf Profit, aber nur noch als Schuferei. Ich erinnere an die systematische Verhinderung von Betriebsräten bei Lidl. Oder die Akkordarbeit von scheinselfständigen Paketbotinnen und -boten, die am Samstagabend an der Haustür klingeln und sich dafür auch noch entschuldigen, weil sie die Tour einfach nicht schneller geschafft haben. Sie müssen sich nicht entschuldigen, das müssten andere tun, die sich aber schon lange abgewöhnt haben – wenn sie es je taten – sich für ihren Umgang mit Menschen zu schämen. Dieser asoziale Zustand ist Ergebnis von 15 Jahren Merkel plus Schröders rot-grüner Abrissregierung. Dies als kleiner Hinweis an die ganzen Merkel-Fans bei den Grünen und in Berliner Journalistenkreisen.

Applaus reicht nicht aus. Jetzt gilt: mehr Geld, mehr Sicherheit, zudem eine Perspektive auf

Landesschriftführerin – Dudweiler, Bezirksrat Dudweiler, Mitglied des Kreisvorstandes SB, stv. Vorsitzende Bezirksverband Dudweiler

Weitere Mitglieder des Landesvorstandes: **Rosi Grewenig** – Schmelz, 2. Beigeordnete Schmelz, Mitglied des Kreisvorstandes SLS +++ **Conny Kreuter** – Spiesen-Elversberg, Kreistag NK, Mitglied des Kreisvorstandes NK +++ **Angelika Krieger** – Neunkirchen +++ **Renate Seyffarth** – Mandelbachtal +++ **Mekan Kolasi-nac** – Saarlouis, Kreisgeschäftsführer SLS, Stadtverbandsvorsitzender SLS +++ **Oliver König** – Losheim am See – Gemeinderat Losheim am See +++ **Peter Kessler** – Saarbrücken, Datenschutzbeauftragter +++ **Michael Mamiani** – Saarbrücken +++ **Herbert Jacob** – Saarbrücken,



bessere Arbeitsbedingungen. Der Bundestag hat in den letzten Tagen gezeigt, wozu er in der Lage ist, wenn es drauf ankommt. Ich meine: Am Ende der nächsten Sitzungswoche sollte ein Sofortaufschlag auf die Löhne von z. B. Krankenhauspersonal beschlossene Sache sein, grundlose Befristungen, Leiharbeit und Ich-AGs hingegen Geschichte. Warum nicht nächste Sitzungswoche einen Vierjahresplan zur vollständigen Entprivatisierung des Gesundheitswesens beschließen?

In außergewöhnlichen Zeiten passieren Fehler. Umso wichtiger, dass wir die Chancen, die sich bieten, nutzen und die Weichen richtigstellen: Damit die Wirtschaft wieder dem Gemeinwohl dient, damit es sich wieder lohnt, für diese Gesellschaft einzutreten. Wenn ich heute mit ganz normalen Leuten rede, höre ich: „Das zahlen am Ende sowieso wieder wir“. So darf es nicht wieder laufen. Diesmal müssen es die Reichen und die milliardenschweren Konzerne sein, die in harten Zeiten die Last für die Schwachen tragen. Wenn Bundesminister gerade abfeiern, dass Menschen solidarisch mit ihren Nachbarn sind und denen helfen, die es brauchen: Warum nicht den ganzen Staat wieder so organisieren? Dann kann am Ende dieser furchtbaren Krise, in der es jetzt darum geht, Menschenleben zu schützen, eine Chance liegen: Drei Jahr- zehnte in der deutschen und internationalen Politik, in der der Markt alles war, der Mensch und die Gemeinschaft aber nichts, zu beenden. Und für unsere Kinder eine neue Ära der Solidarität und der Demokratie einzuleiten.

Jan Korte ist 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag. Dieser Artikel erschien Anfang April im SPIEGEL.

Mitglied Bezirksrat SB-Mitte, Geschäftsführer Ortsverbandes Altenkessel-Rockershausen) +++ **Denni Roos** – Saarlouis, Kreisvorstandsmitglied SLS, stv. Stadtverbandsvorsitzender SLS).



Talstr. 23, 66119 SB - 0681-51775

Seite 2/3

Linke Kreisvorsitzende mobilisieren für einen Politikwechsel - nicht nur im Interesse der Mitglieder.

Seite 4/5

Linke Gewerkschafter fordern Konsequenzen nach der Corona-Krise - nicht nur im Beschäftigteninteresse.

Seite 6/7

Jenseits von Corona. Ein Beitrag zur Rolle des Bargeldes, der Banken und der Sparkassen.

Das **Mitteilungsblatt** der Partei DIE LINKE. im Saarland

DIE LINKE.

saar.blick

Frühjahr 2020

2020 ticken die Uhren anders

Von Thomas Lutze

Während anfangs zuerst etwas beunruhigende Bilder aus China über die Flimmerkisten liefen, stand zu Ostern ein gehöriger Teil des öffentlichen Lebens still. Das hat auch Konsequenzen für die parteipolitische Arbeit der Linken. Der Bundesvorstand hat aktuell beschlossen, den für Juni 2020 geplanten Parteitag in den Herbst zu verlegen. Unser Landesparteitag – geplant für den 26. April – muss ebenfalls in den Herbst weichen, vorausgesetzt die virologische Großwetterlage ist dann einigermaßen wieder im Griff. In den Kreisverbänden haben es lediglich Neunkirchen und der Saarpfalz-Kreis geschafft, ihre Mitgliederversammlungen noch durchzuführen. Diese sind aber notwendig, weil neben verschiedenen Vorstandswahlen auch noch die Delegierten für die Parteitage auf Landes- und Bundesebene nominiert werden müssen.

Auch unsere Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten haben ein Jahr nach der Kommunalwahl vollkommen neue „Arbeitsbedingungen“. Oft finden Sitzungen nur in Notbesetzungen der

Gremien statt. Klar, auch Abgeordnete haben ein Recht darauf, gesund zu bleiben. Gleichzeitig legt aber DIE LINKE Wert darauf, dass die politische Kontrolle durch demokratisch gewählte Parlamente nicht zu kurz kommt. Dies gilt im Übrigen auch für Land- und Bundestag.

Denn Notsituationen sind schnell auch die Stunde der Hardliner. Auf EU-Ebene macht Ungarn vor, wie es nicht laufen sollte. Und bei uns im Saarland? Das polternde Auftreten des Innenministers Bouillon (CDU) ist fast auf Orbán-Niveau. Mit seiner Art die Grenzsicherungen zu Frankreich zu kommentieren, hat er alte Vorurteile beiderseits der fast vergessenen Grenze wieder wach gerüttelt. Seine Entlassung hat DIE LINKE gefordert. Die lässt noch auf sich warten.

Es kommt auch eine Zeit nach „Corona“. Dann wird in der politischen Auseinandersetzung Klarheit gefordert sein. Alle demokratischen und zivilisatorischen Einschränkungen müssen wieder vollständig zurückgenommen werden, wenn dies die Pandemie-Lage zulässt. Im Gesundheits-



wesen und in der Altenpflege brauchen wird eine vollständige Vergesellschaftung der Einrichtungen. Krankenhäuser dienen der Allgemeinheit und nicht irgendwelchen Verwertungsinteressen. Und wir müssen die Wirtschaft – auch die klein und mittelständigen Betriebe – wieder hochfahren. Dafür bedarf es öffentlicher Investitionen. Vor allem die Kommunen müssen dafür in die Lage versetzt werden – u.a. durch eine Entschuldung.

Thomas Lutze ist Landesvorsitzender der Saar-LINKEN und wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.

DIE LINKE für Neustart der Sozialpolitik

Von Michael Bleines

Während der Corona-Krise wurde wenig über die Situation der armen Bevölkerung geredet. Eine Rückkehr zum Normalbetrieb nach der Krise müsse daher nach Vorstellung der LINKEN zugleich ein Neuanfang in der Sozialpolitik werden. Erst nachdem DIE LINKE Mitte März die Saarbrücker Stadtverwaltung darauf aufmerksam gemacht hatte, dass durch die Tafelschließung für arme Menschen ein Versorgungsengpass entstehen könnte, wurde gehandelt und nach alternativen Lösungen gesucht. Die Situation von Obdachlosen in der Krise ist weiterhin unklar. Hier besteht Handlungsbedarf auch nach der Krise. Ebenso ist mit einer Unterversorgung be-

dürftiger Kinder zu rechnen, die normalerweise täglich ein kostenfreies Schulessen bekommen, das nun aufgrund der Schulschließungen wegfällt. In der Zeit der Krise sind die ärmeren Bevölkerungsteile besonders betroffen und sie werden gleichzeitig am wenigsten thematisiert.

Notwendig ist eine Wende in der Sozialpolitik. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass in derartigen Zeiten die Bedürftigen weitgehend ausgeklammert werden und sich der Fokus der Aufmerksamkeit auf andere Bereiche erstreckt. Das muss sich ändern. Dazu gehört unter anderem die Einführung eines kostenfreien Mittagessens an allen Schulen. Und eine entsprechende

Ersatzleistung für Bedürftige, wenn der Schulbetrieb aufgrund besonderer Umstände ausfällt. Ebenso muss über eine Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler – auch aus ärmeren Schichten – nachgedacht werden, wenn über „Homeschooling“ in einer Krise geredet wird. Eine Teilnahme am digitalen Unterricht ist davon abhängig, dass entsprechendes Inventar bereitsteht. Und zuletzt müssen Notbetreuungsmöglichkeiten geschaffen werden für diejenigen Kinder, deren Eltern in der Krise keine Möglichkeit für Homeoffice und häusliche Betreuung haben. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Sozialsystem unzureichend ist.

Michael Bleines ist stellv. Landesvorsitzender und Chef der Linksfraktion im Sbr. Stadtrat.

Arbeitsplätze in krisenbedrohter Automobil- und Zuliefererindustrie sichern!

Von Barbara Spaniol

Nicht nur Unternehmen brauchen in der Corona-Krise weitere Hilfen, sondern auch die Beschäftigten. Es sind Pakete geschnürt, um die Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie zu sichern und Eltern mit Blick auf die Kinderbetreuung zu unterstützen. Das ist gut so – dennoch ist auf Lohnzuschüsse über das Kurzarbeitergeld hinaus zu drängen.

Doch vor der Krise ist nach der Krise. DIE LINKE blickt schon länger voller Sorge auf die Auswirkungen des Strukturwandels in der Automobilindustrie und die Folgen der Diskussion um die Zukunft der Mobilität auf die Arbeitsplatzsituation, insbesondere in Homburg als zweitgrößtem Wirtschaftsstandort im Saarland mit Werken von Bosch, Schaeffler, ThyssenKrupp Gerlach und Michelin.

Vor diesem Hintergrund wurde auf der Kreismitgliederversammlung im März einstimmig eine Resolution verabschiedet, die zum Ausdruck bringt, dass DIE LINKE solidarisch zu den Beschäftigten in der Automobilindustrie und den Zulieferbetrieben im Saarpfalz-Kreis steht. Denn die Konzerne sind in der Pflicht, Umbrüche sozi-



alverträglich zu gestalten. Die Belegschaften haben mit ihrer Zuverlässigkeit, ihrer guten Arbeitsmoral und ihren Fertigkeiten dauerhaft zum Erfolg der Automobil-Zulieferbetriebe beigetragen. Sie können nicht für Krisenzeiten und Managementfehler verantwortlich gemacht werden. Den Unternehmen vor Ort darf es daher nicht nur um kurzfristige Wirtschaftlichkeitsziele gehen. Es muss auch der mittelfristige Erhalt der Arbeitsplätze im Vordergrund stehen. Denn die angestrebte Mobilitätswende kann nur mit den Beschäftigten gelingen und nicht gegen sie.

Unser Land befindet sich bezogen auf Automobil- und Zulieferindustrie nach wie vor in einer dramatischen Lage. Schon vor der Corona-Pandemie hat eine negative Entwicklung viele Betriebe bedroht. Und wenn angesichts der Diskussionen um den Klimawandel der Autoverkehr in seiner jetzigen Form immer mehr in Frage gestellt wird, dann können die Betroffenen zu Recht erwarten, dass die Mobilität der Zukunft auch im Saarland mitentwickelt und mitgebaut wird. Darauf muss mit einer industriepolitischen Strategie in Land und Bund hingewirkt werden – erst recht nach der Corona-Krise.

Der Wandel in der Automobilbranche ist längst im Gange und nicht mehr aufzuhalten. Damit sind auch Chancen verbunden, die es zu nutzen gilt. Die Stadt Homburg zum Beispiel, der Saarpfalz-Kreis und das Land brauchen neue, nachhaltige, zukunftsfähige Arbeitsplätze im Industriebereich – fair bezahlt und zu guten Bedingungen. Nur so hat der Industriestandort als wirtschaftliches Rückgrat eine Chance. Gemeinsam mit den Gewerkschaften gilt es, für den Erhalt und den Ausbau der Industriearbeitsplätze zu kämpfen.

Barbara Spaniol ist stellv. Landtagspräsidentin, stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende des Kreisverbandes Saarpfalz.
Kontakt: b.spaniol@landtag-saar.de

Der erste Schritt um ein Problem zu lösen, ist zu erkennen, dass es eins gibt.

Von Andreas Neumann

Die Digitalisierung an Schulen wird ausgerufen, aber die vorhandenen Fördermittel nicht abgerufen. Selbst die Universität und viele der geförderten Bildungsträger lernen erst in der Krise das E-Learning-Segment wirklich kennen. Zuschüsse sind dabei eher Mangelware. Symptomatisch – wie man auch am Beispiel der Straßenschäden festmachen kann.

Dillinger Stahl meldet Kurzarbeit an, bei FORD Saarlouis fallen 1.400 Arbeitsplätze weg, die Liste der Probleme bei Firmen im Landkreis ließe sich problemlos fortsetzen: aber 150-300 neue Arbeitsplätze werden von der Politik gefeiert. Die Kliniken in Dillingen und Lebach sind bzw. werden geschlossen, aber statt die Nahversorgung in öffentliche Hand zu nehmen, stampft man sie lieber ein bzw. philosophiert über zentrale Versorgungsstellen mit unverhältnismäßig langen Anfahrtszeiten. Dafür überschüttet die Kreis- und Landespolitik systemrelevantes Personal in der Krise frenetisch mit Dank – nur gute Bezahlung bei fairen Arbeitszeiten bleiben Fremdworte. Und die Kommunen, das Rückgrat unseres Landes, haben für viele Bereiche schlicht kein Geld mehr und stehen mit dem Rücken zur Wand. Was dann aber auch die Vereine trifft, die schon so viele Aufgaben in den Kommunen auf eigene



Rechnung und durch hohes Engagement jedes Einzelnen meistern. Hier gehört unterstützt und nicht gekürzt.

DIE LINKE im Kreis Saarlouis fordert, u.a. eine Aufrechterhaltung der Nahversorgung, die Schaffung von echten Anreizen für die Ansiedlung neuer Betriebe und einen ÖPNV, den man auch nutzen kann und will. Hierzu zählen aus unserer Sicht auch mögliche Bahnstreckenreaktivierungen – verbunden mit einem deutlich visionärerem Mobilitätskonzept. Möchte man die Bürgerinnen und Bürger dazu bringen umzustei-

gen, dann braucht man günstigere Fahrpreise und besser abgestimmte Verbindungen. Für diesen Ansatz gab es beim 2. Kommunalpolitischen Forum des KV Saarlouis eine klare Mehrheit. Die Politik muss endlich visionärer als bis zur nächsten Diätenerhöhung werden, mit konkreten Plänen und zielgerichteten Handlungen, wozu auch das Abrufen von verfügbaren Mitteln gehört. Und endlich die Menschen wieder in den Fokus setzen.

Die politisch Verantwortlichen sollten dabei auch Land und Bund in die Pflicht nehmen, endlich weniger Facebook & Co bedienen und ihrer Verpflichtung gegenüber den Bürger nachkommen. Postings schaffen keine Arbeitsplätze, erhalten kein Krankenbett und schaffen keine prekären Einkommenssituationen ab. Die politischen Entscheider sollten in ihren Kernzeiten lieber im realen Leben bleiben, denn nur da werden die Probleme tatsächlich gelöst. Als LINKE müssen wir hier und jetzt gemeinsam, solidarisch zusammenstehen und für die Programmatik und die guten Forderungen unserer Partei einstehen. Wer jetzt noch interne Querelen befeuert, hat den tatsächlichen Sinn und Zweck unserer Partei nicht verstanden und vor allem, was die Bürgerinnen und Bürger von der LINKEN erwarten. Im Kreis Saarlouis und darüber hinaus gibt es viele Probleme. Diese müssen wir auf allen Ebenen gemeinsam angehen.

Andreas Neumann ist Vorsitzender des Kreisverbandes Saarlouis.
Kontakt: andreas.neumann@dielinkesaar.de

Dauerbrenner Kommunen in Not – vor und auch nach der Krise

Von Andrea Neumann

Mit dem Slogan „Kommunen in Not, genug gekürzt“ kämpfen linke Kommunalpolitikerinnen und -politiker mit viel Engagement für soziale Sicherheit und eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge in ihren Kommunen. Im Glauben, dass die finanziellen Notlagen in den Städten und Gemeinden durch fehlgeleitete Politik ihren Höhepunkt erreicht hat, wird man nun eines Besseren belehrt. Durch den Ausbruch der Pandemie werden sich viele finanzschwache Kommunen noch mehr verschulden müssen, um die Krisensituation zu bewältigen. Die notwendigen Einschränkungen zum Schutz der Bevölkerung haben auch im Landkreis Neunkirchen und vor allen Dingen in der Kreisstadt fatale Folgen.

Die Geschäfte im größten Einkaufszentrum des Saarlandes, dem Saarparkcenter sind geschlossen. Kleinbetriebe, Friseursalons, Fitnessstudios, Solarien und Gastronomien ebenso. Einige werden nicht mehr öffnen, die finanziellen Einbußen sind jetzt schon zu groß. Die aktuelle Lebenssituation der Menschen ist geprägt von Kurzarbeit, Entlassungen und großer Verzweiflung. Schon vor der Krise war die Situation in Neunkirchen nicht gerade rosig. Es fehlt an bezahl-



barem Wohnraum, an Kindergarten- und Krippenplätzen die Familien sich leisten können, einem gut ausgebauten ÖPNV mit bezahlbaren Fahrkarten und natürlich an Arbeitsplätzen.

Umso wichtiger sind gute städtische Angebote zur Ansiedlung von Industriebetrieben und zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, gerade in Neunkirchen, einer Montanregion im Umbruch. Die Ansiedlung von Globus ist hier ein kleiner Lichtblick.

Poker um die saarländischen Krankenhausstandorte endlich beenden!

Von Dagmar Ensch-Engel

DIE LINKE in den Landkreisen Saarlouis und Merzig-Wadern macht sich große Sorgen um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, insbesondere im Nordsaarland. Spätestens jetzt, da die Corona-Pandemie die Welt in Atem hält, sollten wir erkennen was wirklich wichtig ist. Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung ist zur absoluten Notwendigkeit geworden.

Gewinnmaximierung ist der falsche Ansatz für eine optimale Gesundheitsversorgung und geht nur zu Lasten der Patientinnen und Patienten und des medizinischen Personals. Seit der Schließung des Krankenhauses in Wadern im Jahr 2017, der Schließung der Klinik in Dillingen und letztlich der angekündigten Schließung von Lebach sieht DIE LINKE die Versorgungslage in beiden Kreisen als nicht mehr ausreichend gegeben an und unterstützt Bürgerinitiativen und Kommunen mit zahlreichen Aktionen.

Bisher war der Standort Lebach zumindest eine Option und Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger aus dem Nord- und Mittelsaarland. Die Pläne über die Schließung sorgt nunmehr für eine große Beunruhigung bei der Bevölkerung und dem Personal der Klinik.



DIE LINKE stellt die Frage in den Raum, wie es in der Region weitergehen soll. Seit drei Jahren lebt man in der Hoffnung auf ein tragfähiges Konzept. Aber außer Infoveranstaltungen, Vorgesprächen und Interessenbekundungsverfahren, gibt es keine Fortschritte zu verzeichnen.

Ein Machtpoker mit offenem Ausgang, bei dem das Land von den Trägern immer wieder zur Kasse gebeten werden soll, ohne dass ein gutes Ergebnis erzielt wird? Selbst in der Corona-Krise geht das Gerangel weiter und nimmt teilweise noch skurrilere Züge an. So sollen z.B. etablierte

Täglich kommen Bitten und Anfragen an die Linksfraktion im Stadtrat. Es ist traurig und man fühlt sich machtlos. Mit großem Bangen werden die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der LINKEN im Saarland den nächsten Monaten entgegenzusehen. Nachtragshaushalte wegen fehlender Einnahmen in den Städten werden ebenso den Alltag prägen, wie die noch härteren Debatten über Kürzungen in den sozialen Bereichen, die nur eingeschränkt stattfinden werden. Durch die Vorgabe einer Mindestanzahl an Teilnehmenden in den Räten werden gerade die kleinen Fraktionen in den Debatten benachteiligt sein. Alles in allem keine einfache Zeit.

Doch das Engagement und der Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger, der ehrenamtlichen Helfer und die Kreativität der Betriebe und der Vereine überall im Saarland lässt uns alle durchhalten. In der Kreisstadt hat der Traditionsverein Borussia Neunkirchen mit der virtuellen Kartentour „Rekordjagd im Ellenfeld – mit einem Euro sind sie dabei“, die 10.000er Marke geknackt. Eine klasse Idee, um fehlende Einnahmen auszugleichen.

Andrea Neumann ist stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende des Kreisverbandes Neunkirchen.
Kontakt: andreaneumann.dielinke@gmail.com

Fachabteilungen von Losheim nach St. Wendel umziehen, damit in Losheim Corona-Patienten untergebracht werden können. Es stellt sich die Frage, was nach der Pandemie mit dem Krankenhaus Losheim passieren wird. Es steht zu befürchten, dass dann nicht nur Lebach, sondern auch Losheim geschlossen werden könnte.

Unter einer flächendeckenden Krankenhausversorgung versteht DIE LINKE den Erhalt der bestehenden Kliniken und den Neubau einer Nordsaarlandklinik in Wadern, die miteinander kooperieren könnten.

Eine Ursache für das offensichtliche Krankenhaussterben im Saarland (Ottweiler soll ebenfalls schließen) ist der Tatsache geschuldet, dass das Land seinen Verpflichtungen bezüglich der Investitionen nicht hinreichend nachgekommen ist. So weist z. B. alleine Lebach einen Investitionsstau von 30 Mio. Euro auf. Solange für Schließungen von Krankenhäusern, wie z. B. für Dillingen und Wadern aus dem Krankenhausstrukturfonds über 12 Mio. Euro, fließen, anstatt Investitionen getätigt werden, wird die Profitgier über dem Versorgungsauftrag Gesundheit stehen. DIE LINKE erwartet, dass die Landesregierung sich nicht zum Spielball der Trägergesellschaften machen lässt und endlich die Zügel in die Hand nimmt.

Dagmar Ensch-Engel ist Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Kreisverb. Merzig-Wadern.
Kontakt: d.ensch-engel@landtag-saar.de

Gesundheitsversorgung als Daseinsversorgung

Von Michael Quetting

Heute an Morgen denken ist gar nicht einfach, ist doch unser Denken schon mit dem Heute überfordert. Fehlende Schutzausrüstungen und keine flächendeckenden Tests von Beschäftigten auf das Corona-Virus gefährden deren Gesundheitsschutz. Jahre- lange Sparrvorgaben und Produktionsverlagerungen ins Ausland haben zu einer maximal knappen Materialbevorratung geführt, sodass jetzt nicht genug vorhanden ist. Schutzmittel, Masken und Desinfektionsmittel fehlen, Mund- und Nasenschutz muss teilweise mehrfach verwendet werden. Jetzt nennt man die Pflege systemrelevant. Ohne Material soll das Unmögliche geschaffen werden. Ja, wer hätte das gedacht, dass ein bis auf die Grundmauern zerstörtes Pflegesystem, das nur noch von wenigen unter persönlichen Abstrichen zusammengehalten wird, das Land retten wird.

Es ist offensichtlich, dass der Markt an dieser Stelle versagt. Wir erleben bei der Pflege, dass die Hilfe für die Pflegekräfte darin besteht, den Missstand einfach als Standard beschreibt. Es gibt zu wenig Masken, also braucht man sie angeblich nicht mehr oder kann sie gebraucht mehrere Schichten lang benutzen. Selbst die bescheidensten Schutzmechanismen wie die Untergrenzen wurden ausgesetzt, die Arbeitszeiten ausgeweitet und Regeln, die für andere gelten, gelten für die Pflege nicht. Sie sollen sogar weiterarbeiten, wenn sie sich angesteckt haben.

Trotz diesen Bedingungen stellen sich die Pflegekräfte den Aufgaben. Und wenn wir die Anzahl des infizierten Personals aus dem Gesundheits- und Pflegebereichen sehen und an die toten Kolleginnen und Kollegen überall auf der Erde denken, dann fällt das wahrlich nicht leicht.

Die Beschäftigten in Kliniken und Pflegeeinrichtungen setzen sich mit aller Kraft dafür ein, das Leben der ihnen anvertrauten Menschen zu schützen. Sie erwarten, dass es nach dieser Krise grundlegend besser wird. Wie systemrelevant ein funktionierendes Gesundheitswesen ist, muss inzwischen jedem klar geworden sein. Gesundheit darf nicht zur Ware verkommen.

Markt und Wettbewerb, Preise (DRGs, diagnosebezogene Fallgruppen) und Gewinne haben in ihr nichts verloren. Die DRGs müssen abgeschafft werden. Es müssen die tatsächlich entstandenen Kosten, einschließlich der Vorhaltekosten, finanziert werden. Gewinne sind zu verbieten.

Das Land muss seinen Investitionsverpflichtungen endlich nachkommen. Schluss mit den Krankenhausschließungen, Ottweiler, Lebach und die Nordsaarlandklinik werden gebraucht. Der Bedarf an Krankenhäusern einschließlich des notwendigen Personals und der Intensivbetten und Beatmungsgeräten muss durch eine Bedarfs-



planung des Landes unter demokratischer Beteiligung erfolgen. Dazu hat ver.di ein Konzept für ein Verbundklinikum Saar vorgelegt.

Schluss mit dem Ausgliederungswahn. Alle unter einen einheitlichen Tarif und deutliche Gehaltssteigerung für die Berufe im Gesundheitsbereich und der Pflege. Der Bundesgesundheitsminister Spahn muss endlich verbindlich zusagen, die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft, dem Deutschen Pflegerat und ver.di geforderte Personalbemessung im Krankenhaus, die PPR 2.0, nach Abflauen der Pandemie umzusetzen. Und die Landesregierung muss die im Krankenhausgesetz geschaffene Möglichkeit Personalvorgaben zu machen, auch anwenden.

Der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke hat es gesagt, was uns bewusst sein sollte: „Die Beschäftigten dürfen nicht unter die Räder geraten, denn der Kapitalismus mache leider auch in der Krise keine Pause.“ Deswegen müssen wir jetzt schon bei den Weichenstellungen dabei sein. Eine andere Politik ist dringend nötig. Sonst werden wir auch in die nächste Krise genauso hilflos reinstolpern wie diesmal.

Michael Quetting ist ver.di-Pflegebeauftragter u.a. Mitorganisator des Pflegestreik.

Betriebsratsfreie Zone gehen zu Lasten der Beschäftigten

Von Mark Baumeister

Wir alle lieben die Gastronomie, sich fallen zu lassen, genießen zu können und einfach mal die Seele baumeln zu lassen. Die Beschäftigten in der Gastronomie brennen für ihre Berufe. Sie haben unsere Wertschätzung verdient. Aber was ist die Realität?

In kaum einem Land geben die Menschen so wenig für Essen und Trinken aus wie in Deutschland. Die Branche verkauft ihre Dienstleistung oft unter Wert. Ein harter Preiskampf begleitet das Gastgewerbe, die Gastronomie und die Hotellerie seit Jahren. Eigentlich sollte man annehmen, dass in einer Branche, die einem so harten Wettbewerb unterliegt, zumindest die Beschäftigten zusammenhalten. Weit gefehlt.

In kaum einer Branche gibt es so wenig Mitbestimmung wie im Gastgewerbe. Es scheint, als ob 100 Jahre Betriebsrätegesetz nie stattgefunden hätten. Warum ist das so? Der flächendeckende Zugang zu den Berufsschulen ist den Gewerkschaften verwehrt. Schon in der Ausbildung wird man von einem oft militärischen Ton geprägt, der Einzelne zählt nichts. Nur der Wille des Gastes steht im Mittelpunkt und oft leider nur die Renditeerwartung einzelner Arbeitgeber oder großer Hotelketten.

Die Löhne und Einkommen sind auch deswegen so niedrig, weil Tarifverträge nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten. Die Beschäftigten im Gastgewerbe organisieren sich jedoch eher selten. Wenn, dann steht die Dienstleistung unseres kostenfreien Rechtsschutzes im Mittelpunkt. Die Tariflöhne kommen so in der Fläche nur vereinzelt an. Die Folge des freiwilligen Verzichts auf Mitbestimmung: Nur die wenigsten Gastro-Betriebe stocken das viel zu niedrige Kurzarbeitergeld auf, die Beschäftigten müssen oft mit rund 800 Euro im Monat, was hoch gegriffen sein dürfte, über die Runden kommen.



Die Corona-Krise hat gezeigt: Das Gastgewerbe muss flächendeckend aus der mitbestimmungsfreien Steinzeit in die Gegenwart geführt werden. Wir brauchen schnellstens Betriebsräte, die sich mit Unterstützung der Gewerkschaft NGG für ordentliche Arbeitsbedingungen und Betriebsvereinbarungen einsetzen. Viele Gewerkschaftsmitglieder würde auch bedeuten, dass wir durchsetzungsfähig genug werden würden, um noch bessere Einkommensbedingungen zu verhandeln.

Das Gastgewerbe braucht von der Politik nach der Krise unbedingt eine zeitlich befristete Mehrwertsteuersenkung auf null Prozent, um wieder in Schwung zu kommen. Die geringe Wertschätzung der Branche trifft Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichermaßen, hier müssen wir als Kunden umdenken. Eine gesamte Branche muss lernen, selbstbewusst zu sein und ihre Forderungen auch an die Politik laut und mit Nachdruck zu stellen: Nein zur immer wiederkehrenden Forderung nach einem 12 plus X-Stunden-Tag, ja zu guter Arbeit und Mitbestimmung. Dann erledigt sich das Problem des Fachkräftemangels von ganz alleine. Ich freue mich nach der Krise auf den Besuch in meinem Lieblingslokal, wenn es dann noch da ist.

Mark Baumeister ist Geschäftsführer der NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) Region Saarland.

Krise verstärkt soziale Ungleichheit im Bildungssystem

Von Max Hewer

Das Corona-Virus hat das Bildungssystem von heute auf morgen auf den Kopf gestellt. Der Klassenraum wurde nach Hause verlegt, und Mitschülerinnen und -schüler sowie Lehrkräfte sind nur in digitalen Räumen vorhanden. Aufgaben erreichen die Schülerinnen und Schüler per Mail, über Messenger-Dienste, Onlineportale oder teilweise per Post. Alle Beteiligten müssen ihre eigenen Endgeräte nutzen, die zum Lernen meist ungeeignet bzw. unzureichend sind.

Schule zuhause führt auch zu belastenden Lebenssituationen, zu denen der ökonomische Druck in der Krisenzeit und die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten beitragen. Familien mit geringem Einkommen sind in besonderer Weise von der Krise betroffen. Vielen Kindern fehlt ein eigenes Zimmer zum ungestörten Lernen oder ein Ort zum persönlichen Rückzug. Die Schere zwischen Kindern und Jugendlichen, die kaum familiäre Unterstützung erfahren und denen, die in stabileren sozialen Verhältnissen aufwachsen, geht durch die Krise weiter auseinander. Vor allem in den Städten sind zudem die Möglichkeiten zum Toben und Spielen außerhalb der Wohnung eingeschränkt. Lehrkräfte als auch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sind als wichtige Ansprechpersonen in ihrem Leben nur mittelbar erreichbar. Kurzum: „Homeschooling“ verstärkt soziale Ungleichheit.

Zunächst muss eine digitale Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden, um der sozialen Ungleichheit entgegen zu treten und um zukünftigen Krisen vorzubeugen. Wir brauchen daher einen Digitalpakt 2.0! Investitionen müssen sich an Zukunftsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit orientieren. Dazu gehört auch, dass jeder Haushalt einen bezahlbaren und schnellen Breitbandanschluss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge erhält. Ein neuer Digitalpakt muss auch Investitionen in personelle Ressourcen eröffnen, damit die Schulträger Systemadministratoren einstellen können, um



so auch langfristig eine funktionierende digitale Infrastruktur zu ermöglichen. Zukunftsfähig heißt auch, die Lehrkräfte nicht mit der Herausforderung allein zu lassen, sondern sie mit Ressourcen auszustatten und langfristig zu unterstützen.

In der Corona-Krise werden nicht nur Mängel in technischer und infrastruktureller Hinsicht deutlich. Auch im Hinblick auf die Schulkonzepte zeigen sich Schwierigkeiten. Schülerinnen und Schüler sind durch das plötzliche selbstständige Lernen oft überfordert und das soziale Lernen in der Gruppe fehlt gänzlich. Auch die Nachteile zentraler Abschlussprüfungen werden deutlich. Insbesondere beim Hauptschulabschluss und dem Mittleren Bildungsabschluss müssen die langfristige Leistung und Entwicklung der Schülerinnen und Schüler deutlicher in den Blick genommen werden anstatt einer punktuellen Prüfung zum Abschluss des Schuljahres.

Klar ist, dass digitaler Unterricht von zuhause zwar eine Brücke in Krisenzeiten darstellen kann, aber nie ein Schulleben als Ort der persönlichen Entwicklung innerhalb einer Gemeinschaft und als Ort des sozialen Ausgleichs ersetzt.

Max Hewer ist Lehrer an Gemeinschaftsschulen und stellv. Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Stahl hat Zukunft

(tl) Der tausendfache Protest der Beschäftigten von Saarstahl und Dilliger Hütte darf nicht vergessen werden. Bereits vor der „Corona-Krise“ waren die Standorte gefährdet und Kurzarbeit auf der Tagesordnung. Zahlreiche IG-Metall-Kolleginnen und Kollegen marschieren sogar bis Brüssel, um ihre berechtigten Anliegen bei der EU vorzutragen. Aus Sicht der LINKEN darf dieser industrielle Kern nicht wegbrechen. Auch klimapolitisch ist niemanden geholfen, wenn die Produktion von Roheisen und Stahl einfach nur in andere Länder verlagert wird. Notwendig sind staatliche Investitionen, damit die Energie klimaneutral aus Wasserstoff kommt.

Ham Se mal 1000 Euro für die Sparkasse? Hintergründe des Bargeldes

Von Franz Schneider

Banken haben eine gute Beziehung zu Schulden. Sie verschulden sich in erheblich höherem Maße als andere Unternehmen. Ihr Geschäftsmodell gründet geradezu auf Schulden(zeugung). Für Kenner der Bankenwelt ist es die Unternehmensform, die mit sehr heißer Nadel gestrickt ist. (1)

Wieso das? Ganz einfach. Stellen Sie sich vor, jemand kommt zu Ihnen und fragt Sie. Ich habe gehört, dass Sie einen sicheren Tresor haben. Können Sie meine 1000 Euro, die ich zurzeit nicht unbedingt brauche, sicher verwahren. Sie sagen „na klar, kein Problem“. Sie „versprechen“ dem Kunden, dass er sein Bargeld oder Teile davon jederzeit wieder zurückbekomme, wenn er es wünscht. Mit dem Versprechen machen Sie sich zum Schuldner des Kunden. Sie haben eine Verbindlichkeit ihm gegenüber. Den Kunden schicken Sie nach Hause mit einer Forderung und machen ihn zum Gläubiger. Sie haben sich damit zum Banker gemacht. Nach einiger Zeit stellen Sie fest, dass der Kunde mal 20 Euro abhebt, dann wieder 30, aber nie viel mehr. Manchmal bringt er sogar wieder etwas zu Ihnen. Und Sie stellen fest, dass viele Euros dieses Kunden in Ihrem Tresor „nutzlos“ herumliegen. Nun kommen Sie auf einen genialen „dummen Gedanken“. Sie sagen sich, „ich könnte doch einen Teil des Geldes nehmen, es anderen Leuten gegen Zins ausleihen und damit selbst Geld verdienen. Ich muss eben nur darauf achten, möglichst immer gerade so viel Bargeld im Tresor zu haben, dass ich dem Gläubigerkunden, seine 30

oder 50 Euro in bar geben kann, wenn er sie braucht.“ Richtig. Sie müssen immer gerade genug Bargeld vorhalten. Das ist aber gar nicht so einfach. An das längerfristig ausgeliehene Geld kommen Sie ja so schnell nicht wieder ran. Es kommt noch eine weitere Erschwernis hinzu. Denn als Sie dem Kunden Auszahlungen von Bargeld versprochen haben, immer dann, wenn er es wünscht, haben Sie unter der Hand, aus seinem eingezahlten Bargeld Ihr eigenes privates Bankengeld, Giralgeld genannt, gemacht. Dieses private Geld gibt Ihnen schließlich noch viel größere Handlungsspielräume. Die können sogar noch weit über die 1.000 Euro hinausgehen.

Der historischen Korrektheit wegen weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass man sich die anfänglichen 1000 Euro als einen Goldklumpen vorstellen muss, den ein Goldschmied vor vielen Jahrhunderten in seinen Tresor legte. Und um dem Kunden die Mühe zu sparen, den Goldklumpen bei jedem Auszahlungsvorgang durch die Gegend zu bewegen, hat der pfiffig-durchtriebene Goldschmied Zettel herausgegeben. Diese dokumentierten dann anstelle des schwer transportierbaren und unteilbaren Goldes die jeweilige „Goldentnahme“. Sie sind also die Vorläufer unserer Banknoten. Diese Zettelwirtschaft hatte jedoch eine ganz unheilvolle Konsequenz, die oben erwähnten „dummen Gedanken“.

In unserem heutigen Geldsystem haben sie sich in extremer Weise zu dem erwähnten privaten Bankengeld ausgewachsen. Geschäftsbanken erzeugen ihr eigenes Geld. Das Gold wurde ihnen zu lästig und schränkte sie in ihren Gewinnmöglichkeiten zu sehr ein.

Vergessen wir nicht, dass Nixon 1971 die Goldbindung des Dollars aufhob. An den Dollar waren wiederum, bis auf einige Ausnahmen, alle anderen Währungen gebunden. Von nun an nahm das Chaos im weltweiten Finanzcasino seinen Lauf.

Heute betreiben Privatbanken ohne demokratisches Mandat Geldschöpfung aus dem Nichts. Die Menschen wurden nie danach gefragt, ob sie damit einverstanden sind. Dass viele Regierungen dieses Spiel mitspielen, ist wieder ein eigenes Thema. Das privat erzeugte Geld liegt jedenfalls als Giralgeld auf dem Girokonto der Bürger. Der ehemalige Goldwert, der in diesem Privatgeld übriggeblieben ist, ist über die Jahrhunderte auf ein Hundertstel des Wertes geschrumpft, der auf der Banknote draufsteht. Heute hat das Bargeld die Rolle des Goldes übernommen. Die Institution, die garantiert, dass das Bargeld, dieses minimale Hundertstel des Bankengeldwerts, „Gold wert“ ist, ist die Europäische Zentralbank / Deutsche Bundesbank. Deshalb nennt man das Bargeld Zentralbankgeld oder gesetzliches Zahlungsmittel. Es soll die Aufgabe einer Wertreserve erfüllen, aber eben nur in Form eines ganz geringen Teils des Wertes,

der auf der Banknote steht. Deshalb spricht man von dem Teilreserve-Bankensystem. Die - vom Giralgeldsystem äußerst zerzauste - „Goldgarantie“, die die Zentralbank gibt, findet ihre reale Absicherung in der Arbeitsleistung der Bevölkerung, in der Wertschöpfung durch Menschen, Real-Wirtschaft genannt.

Wenn der Kunde nun zu seiner Bank geht und Bargeld verlangt, dann verlangt er „sein Gold“ zurück, er will 100%-Geld. Jede Bargeldabhebung macht also eine Rückumwandlung von Giralgeld in „Gold“ notwendig. Sie erzeugt Nervosität am Schalter und noch viel mehr dahinter im Bankinnern in der obersten Etage des Turms. Vor allem gilt es ja, ganz schnell an das Bargeld heranzukommen, denn es muss sofort verfügbar sein. Das hat die Bank ja versprochen. An dieser Stelle muss ich - leider - wieder einen schwierigen technischen Begriff einführen. Der normale Bankkunde soll eben so wenig wie möglich verstehen, wenn es um Sachen Geld geht. Geheimwissen ist Machtwissen. Es geht um den Begriff der Fristentransformation. Das langfristige Ausleihen von Geld, das die Bank im Grunde gar nicht hat - Stichwort „dumme Gedanken“ - muss die Bank durch die ständige Aufnahme von kurzfristigerem Geld - im Extremfall gerade mal über Nacht - abstützen oder ausgleichen. Die Auszahlung von Bargeld setzt genau eine solche Aktion in Gang. Das grundsätzlich sowieso wackelige bilanzielle Gleichgewicht muss ja wiederhergestellt werden. Was der Bank die Freude an ihrem Gewinnspiel besonders vermiest, ist die Tatsache, dass das Bargeld teuer ist. Vor allem zurzeit. Dazu Näheres noch weiter unten. Am allerwichtigsten ist für sie dennoch zunächst einmal, dass der Kunde von alledem, was da hinter seinem Rücken abläuft, nichts mitbekommt. Er muss sein Bargeld bekommen.

Vor ein paar Tagen war in einer Mitteilung der Sparkasse Saarbrücken zu lesen, dass die Kunden, die mehr als 1000 Euro in bar abheben möchten, dies vorher mitteilen sollen. Der Autor dieses Artikels erfuhr persönlich in einem Gespräch am Schalter, dass es bei Beträgen von sagen wir mal 6.000 Euro, mehrere Tage dauern kann, bis er sein Geld in Händen halten kann. Wenn er es am Donnerstag ankündige, erst am folgenden Mittwoch. Bargeld würde nur einmal pro Woche, am Mittwoch, geliefert. Bargeld scheint also bei den Geschäftsbanken ein Gut zu sein, mit dem man knausert. Die so genannten Barreserven, das kann man in jeder Bankbilanz auf der Seite der Aktiva sehen, sind nicht groß. Sie dienen dazu, den lästigen Bargeldwünschen von Kunden nachzukommen.

Was macht nun eine Bank, wenn sie merkt, dass das Bargeld (Barreserven) in ihrem Tresor gefährlich knapp wird? Sie muss sich auf die Schnelle frisches kurzfristiges teures Geld beschaffen. Sie braucht es ja nur um eine gerade aufgetretene

Bargeldlücke zu schließen. Das kommt ja immer wieder vor. Kein Problem. In Sachen Schuldenmachen hat man ja Übung. Sei es in eigener Sache oder darin, es anderen Leuten schmackhaft zu machen. Schulden sind schließlich die beste Einnahmequelle.

Wo bekommt eine Bank nun dieses verflixte Bargeld her, das nur Arbeit, Ärger und keinen Gewinn bringt. Und zu allem Überfluss auch noch Geld kostet. Sie bekommt es von der EZB / Deutschen Bundesbank, weil nur diese das Recht besitzen, Bargeld auszugeben. Das ist ja auch gar nicht verkehrt, denn so hat sie zumindest noch ein - leider immer mehr an Wirkung verlierendes Instrument in der Hand -, die Banken vor allzu vielen „dummen Gedanken“ zu bewahren. Der Kunde, der seine 1.000 Euro dem Tresor anvertraute, wird damit sicher sehr einverstanden sein.

Bei der EZB / Deutschen Bundesbank müssen alle Geschäftsbanken und Sparkassen ein Bargeldkonto unterhalten. Sie sind besonders in der gegenwärtigen Situation darauf bedacht, dieses Konto auf dem Stand plus minus null zu halten. Bargeld ist teuer. Haben sie nämlich mehr als null darauf, werden ihnen davon 0,4% abgezogen (negativer Einlagesatz = Negativzins). Sie müssen also eine „Strafgebühr“ bezahlen. Haben sie weniger als null darauf, dann müssen sie sich das fehlende Geld für derzeit 0,25% Zinsen (Spitzenrefinanzierungssatz) über Nacht (sog. Übernachtgeschäfte) teuer ausleihen. Sie können es aber auch bei einer anderen Bank ausleihen (Interbankengeld wird als Bargeld betrachtet).

Ja, liebe Leser, so ist das mit dem Bargeld. Vielleicht denken Sie an all diese Dinge, die sich hinter diesem verbergen, wenn Sie demnächst mal wirklich auf die Idee kommen sollten, an den Schalter zu gehen.

(1) Anat Admati / Martin Hellwig (2014): Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken schief läuft und was sich ändern muss. (Seite 66)

Franz Schneider wurde 1949 in Burbach geboren - auf „riskantem“ Gelände zwischen Fennerstraße und Lindenhof. Die sich anbahnende Schließung der Burbacher Hütte Ende der siebziger Jahre trieb ihn 36 Jahre auf Wanderschaft nach Norddeutschland, Afrika, Japan und Ostdeutschland. Seine Leidenschaft gilt der linken Politik, einem gerechten Geldsystem und Frankreich.
Kontakt: franzschneider-france@gmx.de



Post von Oskar: Rentenexperten? Scharlatane!

Bis vor kurzem haben „Rentenexperten“ wie der Kandidat für den CDU-Vorsitz Friedrich Merz und die ARD-Börsenexpertin Anja Kohl den deutschen Arbeitnehmern empfohlen, zur Sicherung ihrer Altersvorsorge Aktien zu kaufen. Jetzt ist der DAX im Vergleich zu seinem Höchststand um ein Viertel gefallen. Man stelle sich vor, die Arbeitnehmer hätten auf diese beiden „Experten“ gehört und müssten jetzt entsetzt mit ansehen, wie ihr mühsam Erspartes innerhalb kurzer Zeit um ein Viertel schrumpft. Vielleicht haben ja auch Einige auf den „Experten“-Rat gehört und hoffen jetzt, dass es nicht weiter runter, sondern bald wieder aufwärts geht. Es ist bedauerlich, dass solche Scharlatane seit Jahren die einzig sichere Altersvorsorge

für Arbeitnehmer, die gesetzliche Rente, schlecht reden, und die Menschen im Interesse der Finanzindustrie überreden wollen, Aktien zu kaufen. Wieder einmal zeigt sich, dass die Propheten des Neoliberalismus die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung verschlechtern und die Hauptverantwortlichen für die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und das Wieder-Erstarken des Rechtsradikalismus sind.

Oskar Lafontaine ist Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag des Saarlandes. Dieser Artikel entstammt der Facebookseite des Autors.
Kontakt: info@linksfraktion-saarland.de

Corona-Bonds: Risiko einer Euro-Krise

Von Fabio De Masi

Kanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz riskieren eine neue Euro-Krise mit extremen Kosten für Deutschland. Das ist verantwortungslos. Denn der Widerstand gegen Corona-Anleihen ist unbegründet. Corona-Anleihen dienen nicht der Vergemeinschaftung von Altschulden. Wer Italien zwingt, in die Krise zu kürzen, macht die Krise teurer und tödlicher - auch für Europa.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) könnte eine Corona-Anleihe begeben und die Europäische Zentralbank (EZB) diese Anleihe kaufen. Die EZB kauft bereits heute Anleihen der EIB. Das Zins- und Haftungsrisiko für Deutschland wäre faktisch null, da die EZB in Euro nie Pleite gehen kann. Diese Finanzierung von Staatsausgaben durch die EZB wäre zulässig, da die EIB kein Staat, sondern eine Bank ist.

Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB in den EU-Verträgen schafft ein künstliches

Insolvenzrisiko. Dabei kann ein Land eigentlich in eigener Währung nie Pleite gehen. In den USA und jedem anderen Währungsraum wäre es undenkbar, dass die Zentralbank die Staatsanleihen der eigenen Regierung nicht akzeptiert.

Wird dieses Problem nicht behoben, wird der Euro nicht überleben. Faktisch setzt sich die EZB bereits über dieses Verbot hinweg, da sie im Rahmen des Pandemic-Bond-Programms angekündigt hat, unabhängig vom jeweiligen Kapitalschlüssel notfalls Staatsanleihen zu kaufen. Diese werden Banken und Fonds jedoch auf dem Sekundärmarkt abgekauft. Das ist überflüssig.

Der ESM ist in seinem Volumen begrenzt und aufgrund der Kürzungsaufgaben ungeeignet. Er erhöht überdies die Staatsverschuldung von Ländern wie Spanien und Italien und schafft damit das Risiko einer neuen Eurokrise.“

Diese Zeitschrift wird herausgegeben von DIE LINKE. Landesverband Saar. Sie erscheint im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Partei. V.i.S.d.P. ist Thomas Lutze, Landesvorsitzender. Kontakt: Talstr. 23, 66119 Saarbrücken - Tel 0681/51775 E-Mail: info@dielinke.saar.de - www.dielinke-saar.de. Druck: COD Büroservice Saarbrücken. Auflage 3.000.